

Begleitpreis:

Vierteljährlich 30.- M., monatlich 10.- M. ...

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die wichtigste Anzeigenart ...

Anzeigen für die nächste Nummer ...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Freitag, den 25. Februar 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3

Bruch bei den Kommunisten.

Levi, Däumig, Zetkin, Hoffmann zurückgetreten.

An ganz versteckter Stelle und in kleiner Schrift bringt heute die „Rote Fahne“ eine Notiz, die geeignet ist, das größte Interesse aller Politiker zu erregen.

Der Zentralkomitee der Partei hat vom 22. bis 24. Februar in Berlin getagt. Gegenstand der Beratungen waren: Die Lösung des Bündnisses mit Sowjetrußland, das Verhältnis der Kommunistischen Internationale zur K.A.P.D., die Frage der italienischen Parteipaltung, die Organisation des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, die Fälle Thomas und Graf-München.

Die Entscheidung des Zentralkomitees in der Frage der massenhaften Parteipaltung glaubten fünf Mitglieder der Zentrale wegen der von ihnen angenommenen Rückwirkung auf die zukünftige Entwicklung der deutschen Partei mit einem weiteren Verbleiben in der Leitung der Partei nicht vereinbaren zu können.

dieser Begründung aus der bisherigen Zentrale der D.A.P.D. folgende Genossen ausgeschlossen: Die beiden Vorsitzenden Däumig und Levi, die Sekretäre Zetkin und Brach, der Beisitzer Wolph Hoffmann. Der Zentralkomitee nahm Erklärungen vor. Als Vorsitzende wurden gewählt: die Genossen Brandier und Stöcker, als Sekretäre wurden neugewählt: Böttcher, Ernst Reyer, Wegmann, als Beisitzer Sievers-Berlin.

Der Rücktritt Levis bedeutet nichts anderes, als daß sein unterwürdiges Schreiben an den geheimnisvollen „Bevollmächtigten“ der Moskauer in Deutschland Erfolg gehabt hat insofern, als man ihm klar zu verstehen gab, daß er von der Leitung zu verschwinden habe. Mit ihm gehen Däumig, Zetkin und Adolf Hoffmann. Immer kleinere Größen kommen ans Ruder. Die eben erst entstandene Vereinigte K.A.P.D. wird bald in eine Vereinigte umgewandelt sein. Wir werden auf diese Vorgänge noch eingehender zurückkommen.

Das Reichsmietengesetz.

Von G. Stähler.

In mehreren Sitzungen befaßte sich der Wohnungs- und Siedlungsausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates mit dem von der Reichsregierung ihm zur Begutachtung unterbreiteten Gesetzentwurf über die Regelung der Mietzinsbildung (Reichsmietengesetz). Uebereinstimmung herrschte bei allen Beteiligten darüber, daß die bisherige Form der Zwangswirtschaft auf dem Wohnungsmarkt sich nicht aufrecht erhalten läßt, da sie dem Hausbesitzer zu wenig Mittel zukommen läßt, um an eine Renovierung der Wohnungen und an das so außerordentlich dringend nötige Instandsetzen der Häuser heranzugehen zu können.

Der Regierungsentwurf beabsichtigt nun den tatsächlich bestehenden mißlichen Verhältnissen auf dem Wohnungsmarkt Rechnung zu tragen. § 1 der Regierungsvorlage sieht eine Lockerung der Zwangswirtschaft vor. Der Anspruch der Mieter auf allgemeine Festsetzung der gesetzlichen Miete rief sowohl den Widerstand der Regierungsvertreter als auch der anwesenden Hausbesitzer und der übrigen Vertreter des Ausschusses hervor. Mit einer kleinen Änderung blieb deshalb die Regierungsvorlage bestehen. Nach dieser sieht jedem Mieter das Recht zu, durch eine schriftliche Erklärung dem Vermieter gegenüber zu verlangen, daß die gesetzliche Miete mit Wirkung von dem ersten Termin ab, für den die Kündigung nach § 565 des B.G.B. zulässig sein würde, in Kraft tritt. Bei Streitigkeiten über die Festsetzung der Miete entscheidet auf Anrufung das Mieteinigungsamt.

Als „gesetzliche Miete“ bestimmt der § 2 den Mietzins, der am 1. Juli 1914 mit dem Mieter vereinbart war. Der in die Friedensmiete eingerechnete Betrag für Sammelheizung und Warmwasserversorgung ist von der Friedensmiete in Abzug zu bringen. Auf die Friedensmiete treten nach § 3 Zuschläge, die der allgemeinen Steigerung der Betriebskosten und Instandsetzungsarbeiten seit der Friedenszeit Rechnung tragen. Diese Zuschläge sind in Prozenten auf die Friedensmiete festzusetzen. § 4 zählt zu den Betriebskosten die auf das Haus zu entrichtenden Steuern, öffentliche Abgaben, Versicherungsgebühren, Verwaltungskosten und Zinsen einer in der Vorkriegszeit für die Gemeinde allgemein üblichen Belastung des damaligen Grundstückswertes. § 5 legt fest, welche Reparaturen nicht als laufende Instandsetzungsarbeiten gelten. Der § 6 bestimmt die sachgemäße Verwendung der von den Mietern aufzubringenden Instandsetzungszuschläge.

Auf Antrag des Ausschusses erhielt der Gesetzentwurf die Bestimmung, daß eine von der Obersten Landesbehörde zu bestimmende Stelle auf Antrag des Mieters am 1. April oder 1. Oktober jeden Jahres vom Vermieter den Nachweis über die Verwendung der Gelder zu verlangen hat. Hat der Vermieter die Ausführung notwendiger Instandsetzungsarbeiten unterlassen, obwohl der Instandsetzungszuschlag ausgereicht hätte, oder die Gelder nicht sachgemäß verwendet, so kann die zuständige Stelle die Ausführung anordnen.

Nach § 8 der Ausschufsvorlage kann die Oberste Landesbehörde anordnen, daß — ohne Rücksichtnahme, ob die Miete „gesetzlich“ oder vereinbart wurde — ein in Hundertteilen auf die Friedensmiete festgelegter Betrag an eine von ihr zu bestimmende Stelle zu entrichten ist, an der Mieter und Vermieter paritätisch zu beteiligen sind. An diese Stelle, die als Ausgleichsfonds für große Reparaturen errichtet werden soll, hat der Vermieter auch jenen Teil mit abzuführen, der bereits in der Friedensmiete für diese Zwecke mit eingerechnet war. Diese Pflicht besteht auch für die Räume des Vermieters, wenn er in dem Hause wohnt. Die erwähnte Stelle (Verwaltungsstelle) hat die eingehenden Gelder in folgender Weise zu verwenden:

Für jedes Haus ist ein Instandsetzungsbetrag in der Höhe der eingehenden Hundertteile zu verbuchen, abzüglich der Beiträge für den Ausgleichsfonds. Der Betrag steht dem jeweiligen Besitzer des Hauses zu. Doch bestimmt die Verwaltungsstelle, an der Mieter und Vermieter paritätisch beteiligt sind,

Zusammentritt der Preußenfraktion.

Wie wir hören, tritt die Sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtags am Dienstag, den 8. März, nachmittags 2 Uhr, im Abgeordnetenhaus zu einer Fraktionsbildung zusammen, um zur Regierungsbildung Stellung zu nehmen.

In der „Tägl. Rdsch.“ nimmt der deutschvölksparteiliche Reichstagsabgeordnete Dr. Marekly zu den Fragen der Regierungsbildung in Preußen und der Haltung der Deutschen Volkspartei Stellung. In völlig irreführender Weise erwähnt er den „glänzenden Wahlsieg“, den die Deutsche Volkspartei dadurch errungen habe, daß sie ihre Mandate gegenüber der letzten Preußenwahl von 23 auf 58 vermehrt und auch „den großen Erfolg der Reichstagswahl vom 6. Juni 1920 aufrecht erhalten“ habe. Eine Vergleichsmöglichkeit bietet tatsächlich nur die letzte Reichstagswahl, und Herr Dr. Marekly übersieht offensichtlich, daß die Deutsche Volkspartei seit dem 6. Juni 252 064 Stimmen verloren hat. Der Verfasser leugnet die Abhängigkeit der Reichsregierung von der wohlwollenden Neutralität der Sozialdemokratie und betont, daß eine aktionsfähigere Regierung als die gegenwärtige Reichsregierung kaum zu erreichen sei. Diese Regierung würde durch die Aufnahme der Sozialdemokraten in das Kabinett in ihrer inneren Festigkeit und Arbeitsfähigkeit ungemein geschwächt werden, und die Geschlossenheit der Reichsregierung würde auf vielen Gebieten verloren gehen. Als das Ziel der Deutschen Volkspartei bezeichnet Marekly die berühmte Einheitsfront von Hergt bis Scheidemann; sollte es aber hierzu nicht kommen, so müßte in Preußen ein der Reichsregierung „homogenes“ Kabinett gebildet werden. Von ganz besonderem Interesse sind folgende offenerzogene Mitteilungen:

Sollte die Regierungsfrage in Preußen an dem Widerstande von Zentrum und Demokraten scheitern, so würde die Regierung ohne die Deutsche Volkspartei gebildet werden müssen, es sei denn, daß sich die Partei bereit fände, gegen Erfüllung weitgehender Sicherungen die Belastung einer Teilnahme an einer Regierung mit Sozialdemokraten und ohne Deutschnationale auf sich zu nehmen. Eine dieser unerlässlichen Sicherungen wäre, daß, abgesehen von der Ministerpräsidentenschaft, die Ministerien des Kultus, der Landwirtschaft und des Innern von den Sozialdemokraten freigegeben und durch ausreichend vorgebildete Fachmänner besetzt würden.

Diese wenigen Zeilen enthalten die Politik der Deutschen Volkspartei in höchst bezeichnender Weise. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ sucht der Sozialdemokratie den Eintritt in ein Koalitionskabinett mit der Deutschen Volkspartei durch den Hinweis schmachhaft zu machen, daß nunmehr die Früchte reifen müßten, deren Reime die Sozialdemokratie selbst gepflanzt habe. Marekly ist offenerziger: Ganz wie seine deutschnationalen Freunde hält er die Koalition mit der Sozialdemokratie nur deshalb für zweckmäßig, um den Einfluß der Arbeiterschaft in Preußen auf ein Minimum herabzudrücken. Wenn es der Deutschen Volkspartei gelänge, die Sozialdemokratie aus den wichtigsten Ministerien, des Innern, der Landwirtschaft und des Kultus herauszudrängen, so fragen wir, weshalb die Sozialdemokratie überhaupt noch irgendwelches Interesse für die Beteiligung an einer „Koalition“ haben sollte, die nur noch den Namen einer solchen trüge?

Der aufgehobene Trauertag. Die Reichsregierung hat ihren Entschluß wegen Festsetzung des 6. März als nationalen Trauertages zurückgezogen.

Was geht vor?

Merhand dunkle Warnungen alarmieren die Öffentlichkeit. Erst hat die „D.A.Z.“ vor unüberlegten Dingen gewarnt, dann hat Herr Dr. Simons offiziell diese Warnung verstärkt, jetzt tritt sogar Herr Escherich als Dritter auf den Plan und will seinen Einfluß dahin geltend machen, daß nicht unbesonnene kurzfristige Phantasien durch unüberlegte Handlungen eine Lage herbeiführen, die der Gesamtheit unermesslichen Schaden zufügen würde.

Es sind also ganz bestimmte Dinge im Gange, die der Reichsregierung bekannt sind. Um so erstaunlicher wirkt es, daß diese sich offenbar scheut, der Öffentlichkeit klaren Wein einzuschenken. Sich auf Herrn Escherichs großmütig angebotenen Schutz zu verlassen, wäre unsagbar töricht und kurzfristig, das hiesse den Vordruck zum Gärtnern bestellen. Selbst wenn es Herrn Escherich persönlich mit seinen Warnungen ernst sein sollte, so zeigen gerade diese, daß er sich seiner eigenen Leute nicht sicher fühlt, wenn es gilt, einen Rechtsputz zurückzuhalten.

Die Arbeiterschaft hat alle Ursache, die Augen aufzuhalten und auf dem Posten zu sein. Das gleiche gilt von den Angehörigen der Reichswehr und der Sicherheitspolizei, die auf dem Boden der Republik und der Verfassung stehen. Sie haben die Pflicht, darüber zu wachen, daß man sie nicht wie feinerzeit beim Kapp-putsch mit irreführenden Parolen gegen ihren Willen zu Umsturzwecken benutzt. Der geleistete Eid verpflichtet Reichswehrsoldaten und Sicherheitspolizisten, solchen Vorgehens, die sie zum Ungehorsam gegen die Regierung verleiten wollen, den Gehorsam zu verweigern und die Anstifter der Meuterei sofort unschädlich zu machen.

Wird wieder geputzt, so wird diesmal ganze Arbeit gemacht.

Gegen die Versklavung Deutschlands.

Der Internationale Gewerkschaftsbund hat durch sein Bureau in Amsterdam an den englischen Minister Lloyd George das folgende Telegramm geschickt:

Ergelken! Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes, das im Namen von 25 Millionen organisierter Arbeiter spricht, erachtet es für nötig, bei Beginn der Beratungen der Vertreter der verschiedenen Regierungen über die an Deutschland zu stellenden Forderungen betreffend die Wiedergutmachung die Aufmerksamkeit dieser Vertreter auf die Forderungen zu lenken, die die Arbeiter hinsichtlich der Durchführung des Friedensvertrages zu wiederholten Malen dem Obersten Rat des Völkerbundes bekanntgegeben haben, sowie auf die vom Internationalen Gewerkschaftskongress in London vom November vorigen Jahres angenommenen Resolutionen betreffend den Wiederaufbau Europas und die Kohlenlieferungen Deutschlands.

Die organisierten Arbeiter erachten eine Schadenergütung durch Deutschland für notwendig und gerechtfertigt; sie protestieren jedoch gegen Forderungen, die die Arbeiter Mitteleuropas eine volle Generation hindurch in Sklaverei fänden, den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas verhindern, den Haß zwischen den Völkern verschärfen und die Kultur vernichten würden.

Das Bureau fordert von der Internationalen Botschafterkonferenz die Feststellung einer gerechten Schadenergütung unter Berücksichtigung dieser Erwägungen und der Resolutionen des Londoner Kongresses.

Für das Bureau: J. Dudgeest, Sekretär.

welche Häuser der Reihenfolge nach instand gesetzt werden sollen. Die Oberste Landesbehörde kann bestimmen, binnen welcher Reihe von Jahren die Instandsetzungsarbeiten der Häuser auszuführen sind. Um die Instandsetzungsarbeiten systematisch betreiben zu können, dürfen auch die Zahlungen der Häuser mit verwendet werden, deren Instandsetzung von der Verwaltungsstelle noch nicht genehmigt wurde.

In diesem Falle werden diese Beträge als unverzinsliche Darlehen auf die sofort instand zu setzenden Häuser gegeben und müssen innerhalb einer von der Obersten Landesbehörde festzusetzenden Zeit getilgt werden. Das Darlehen darf aber nicht höher sein, als in der festgesetzten Zeit durch die auf die Mietmiete aufzubürdenden Zuschläge eingeht. Bei besonders stark reparaturbedürftigen Häusern dürfte oftmals dieser Betrag nicht ausreichen. In diesem Falle können aus dem Ausgleichsfonds Zuschüsse gewährt werden in zinsloser und unter Umständen auch nicht rückzahlbarer Form. Vermieter, deren Eltern, Abkömmlinge und Ehegatten können, wenn sie seit dem 1. Januar 1919 aus eigenen Mitteln Aufwendungen für große Instandsetzungsarbeiten gemacht haben, die aufgewandten Geldbeträge ersetzt erhalten aus denjenigen Beträgen, die ihrem Hause gemäß den Bestimmungen der Verwaltungsstelle zustehen.

Für gewerbliche Betriebe, die infolge ihrer Eigenart außergewöhnlich hohe Betriebs- und Instandsetzungsarbeiten verursachen, kann das Mietengesetz weitere Zuschläge festsetzen, doch muß der Vermieter nachweisen, daß er mit den ihm bereits zur Verfügung stehenden Mitteln nicht auskommt. § 10 bestimmt dann, daß die festzusetzenden Hundertsätze für Instandsetzungsarbeiten, Betriebskosten usw. von der Obersten Landesbehörde für das ganze Gebiet, einzelne Gemeinden, Gemeindeverbände oder Wohnungsverbände zu bestimmen sind. Vor der Festlegung müssen Mieter- und Vermietervertreter gehört werden.

Der § 12 sieht auch für Untermieter leerer oder möblierter Zimmer den Schutz des Geheles vor und gibt ihnen das Einspruchsrecht bei den Einigungsämtern. Von diesem Gehele sind befreit Gebäude und Räume, die sich im Besitze des Reiches, der Länder oder einer Körperschaft des öffentlichen Rechts befinden. Außerdem fallen Gesellschaften und -ausgenossenschaften, deren Zweck ausschließlich darauf gerichtet ist, billige und gesunde Wohnungen herzustellen und die nachweisbar einem dem Genossenschaftsgesetz entsprechenden Revisionsverbande angehören, nicht unter das Gesetz. Leider hat der Ausschuß auch dem Verlangen der Regierung Rechnung getragen und Neubauten, sowie eingebaute Wohnungen nicht diesem Gehele unterworfen.

Gegen die Stimmen der Hausbesitzer und eines Teiles der Unternehmer hat der Ausschuß auf Antrag der Arbeitervertreter folgende Bestimmungen über die Mietervertretung im § 16 in den Gesetzentwurf gebracht:

Die Mieter eines Hauses sind berechtigt, einen oder mehrere von ihnen mit ihrer Vertretung in Mietangelegenheiten zu beauftragen (Mietervertretung, Vertrauensmann der Mieter, Mieterausschuß). Wird von diesem Rechte durch den Mieter Gebrauch gemacht, so ist in Häusern bis zu 8 Wohnungen ein Vertrauensmann, in Häusern mit mehr als 8 Wohnungen ein aus 3 Personen bestehender Mieterausschuß von den im Hause wohnenden Mietern in geheimer Wahl zu wählen. Die Vertrauensmänner oder Mitglieder des Mieterausschusses müssen in dem Hause wohnen, für das die Wahl vollzogen wird.

Dem Vertrauensmann der Mieter oder der Mieterausschüsse steht das Recht zu, im Benehmen mit dem Vermieter die Notwendigkeit von Instandsetzungsarbeiten festzustellen, diese Arbeiten gemeinschaftlich mit dem Vermieter zu überwachen sowie die Aufbringung und die Verwendung der Geldmittel für Instandsetzungsarbeiten zu prüfen.

Die übrigen Bestimmungen des Gesetzentwurfes befassen sich nur noch mit der Einreichung von Mieterverzeichnissen, Strafbestimmungen bei Nichtabhaltung der Besprechungen und über die Einführung und Vorbereitung des Gesetzes selbst.

v. Kessel wieder verhaftet.

Nachdem das Kammergericht den Amnestiebeschluß des Landgerichts aufgehoben hatte, ist, wie wir erfahren, heute der Hauptmann v. Kessel abermals verhaftet und in das Moabiter Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden. Das Vergehen soll mit größter Beschleunigung durchgeführt, eventuell soll sogar eine besondere Schwurgerichtsperiode von der Staatsanwaltschaft beantragt werden.

Späte Einsicht.

Das Zentralkomitee der U.S.P.D. hat sich nunmehr so weit erholt, um in einem Aufruf zu dem völligen Zusammenbruch der Unabhängigen bei den preussischen Wahlen Stellung zu nehmen. Die Kundgebung enthält wenig Neues; sie versucht, den noch immer zur U.S.P. zählenden Arbeitern klarzumachen, daß die Unabhängige Partei gegenüber dem „Reformismus“ von rechts und dem Putschismus von links eine Notwendigkeit sei. Vor wenig mehr als einem halben Jahre erklärte die Unabhängige Partei bekanntlich triumphierend, daß sie die proletarische Massenpartei Deutschlands sei, während die S.P.D. nur noch als die Partei des untergehenden Kleinbürgertums zu zählen sei. Heute klingen die Worte des Zentralkomitees wesentlich bescheidener:

Wir hatten gegen uns die alte sozialdemokratische Partei, die immer noch von Millionen deutscher Arbeiter für eine wirkliche sozialistische Partei gehalten wird. Wir hatten gegen uns die kommunistische Partei, die ihren Kampf vornehmlich gegen uns und nicht gegen die Bourgeoisie richtete. So wurden wir von allen Seiten berannt. Wenn wir trotzdem über eine Million Wähler und Wählerinnen in Preußen mußten konnt, so zeigt das, daß weite Teile des Proletariats zu uns halten. Wir stehen fest, trotz aller Stürme, die uns umbrausen.

Was hier den Kommunisten vorgeworfen wird, gilt für die Unabhängigen in erster Linie. Sie dachten und denken nicht daran, den Kampf des geschlossenen Proletariats gegen die Bourgeoisie zu führen, sondern ihr Kampf war seit dem Tage ihres Bestehens darauf eingestellt, die Sozialdemokratie zu zerschlagen und ihr möglichst den Boden unter den Füßen zu entreißen. Die „Freiheit“ mußte selbst vor einigen Tagen zugeben, daß diejenigen Arbeiter, die positive Arbeit verlangten, für die Sozialdemokratie gestimmt hätten. In dem Aufruf des Zentralkomitees heißt es nun:

Es gilt, in alle Machtpositionen der Bourgeoisie einzudringen. In Gemeinde, Kreis, Provinz, Staat und Reich müssen unsere Vertreter im Sinne unseres Programms für das Proletariat arbeiten.

Dieser reichlich späten Erkenntnis der Unabhängigen sind die Sozialdemokraten längst zuvorgekommen, indem sie im Rahmen der Koalitionspolitik in den bürgerlichen Apparat eindringen und für die Arbeiterschaft so viel Erfolge zu erringen suchten, wie die schwierigen Verhältnisse es gestatteten. In dieser kostbaren Zeit aber hielten sich die unabhängigen Arbeiterfreunde im Schmolzwinkel auf, ohne auch nur einen Finger für die Hebung des Proletariats zu rühren. Die Quittung hierfür wurde ihnen am 20. Februar erteilt, und kein Aufruf des Zentralkomitees wird instand sein, diese Tatsachen aus der Welt wegzureden.

Die Hermes-Konferenz.

Aus dem Landwirtschaftsministerium wird uns geschrieben: Bei den Verhandlungen der Ernährungsminister in München, die die Umstellung der deutschen Getreidewirtschaft betreffen, wurden — was in den der Presse zur Verfügung gestellten Mitteilungen des Reichsernährungsministeriums verschwiegen wird — auch die Vorschläge des preussischen Landwirtschaftsministers sowohl in der Vollversammlung als auch im Ausschuß ausführlich erörtert. Die Vertreter der sächsischen Staaten, Bayern, Württemberg, Baden und Hessen, denen sich auch Hamburg und einige

andere kleinere Staaten anschlossen, sprachen sich gegen diese Vorschläge aus und zwar vorzugsweise gegen die Verkopplung der Düngerbefreiung mit dem Umlageverfahren.

Diese Haltung ist darin begründet, daß die sächsischen Landwirtschaft dank ihrer starken Viehwirtschaft verhältnismäßig weniger Kunstdünger braucht als die norddeutsche. Es wurde auch behauptet, daß die preussischen Vorschläge neue Zwangsmassregeln für die Landwirtschaft in sich schlossen, und daß jeder Zwang die landwirtschaftliche Erzeugung hemmen würde.

Demgegenüber wurde von den Vertretern Preußens der Standpunkt festgehalten, daß ein Vorgehen nach den Vorschlägen des Reichsernährungsministers die Weiterführung der Zwangsbewirtschaftung des Getreides, selbst im beschränkten Maße, vollkommen illusorisch machen würde, was nicht nur für die Volksernährung, sondern auch für die Landwirtschaft selbst katastrophale Folgen haben müßte.

Vom Reichsernährungsminister wurde zu den Vorschlägen Preußens keine Stellung genommen.

Die Entscheidung über die Umstellung der Getreidewirtschaft liegt nunmehr bei der Reichsregierung und dem Reichstage. Sie haben sich darüber schlüssig zu werden, ob sie die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Getreide verantworten wollen.

Beamtenbund und Einkommensteuergesetz.

In einer erneuten Eingabe an den Reichstag hat der Deutsche Beamtenbund die Durchführung des Grundgesetzes der Besteuerung nach dem Einkommen des Vorjahres verlangt. Er wünscht, daß es für die Lohn- und Gehaltsempfänger jeder Art mit den für das Steuerjahr 1920 erfolgten Abzügen sein Bewenden behält, so daß die Einziehung der Steuer für das erste Vierteljahr 1920 unterbleibt und auch etwaige Nachzahlungen für die restlichen Vierteljahre nicht mehr stattfinden. Eine Reihe weiterer Erleichterungen für die Steuerzahlung der Lohn- und Gehaltsempfänger, die allein ihren Verpflichtungen gegen den Staat bis zu den letzten Pfennig nachkommen müssen, wird mit ausführlicher Begründung verlangt.

Der Reichswirtschaftsrat hat heute morgen beschlossen, einer Änderung des Gesetzes in diesem Sinne zuzustimmen.

Ostpreussische Wahlen.

Von sachkundiger Seite wird uns aus Ostpreußen geschrieben: Von den Wahlpraktiken der ostpreussischen Krautjunker kann sich ein gewöhnlicher Mitteleuropäer kaum eine rechte Vorstellung machen. Daß vor den Wahllokalen den Wählern die Stimmzettel aus der Hand gerissen und dafür deutsche nationale aufgebrängt wurden, konnte in allen ländlichen Bezirken festgestellt werden. Im Wahllokal selbst haben es die Herren Wahllokale auch nicht verschmäht, das deutsche nationale Wahllokal zu korrigieren. Der ostpreussische Wähler hatte so vier Wahlen am 20. Februar zu bewältigen. Bei dieser schweren Arbeit mußte die Partei der Krautjunker etwas nachhelfen. Ein Werbeplakat der deutschen nationalen Volkspartei: „Wie wähle ich richtig“, mit den drei farbigen Wahlumschlägen und den dazu gehörenden deutschen nationalen Stimmzetteln bot den Wahllokale die Gelegenheit, im Wahllokal dem Durchschnittswähler „Anschauungsunterricht“ zu erteilen, ihm klar zu machen, daß dieser Stimmzettel in diesen Umschlag gehöre. Und, wenn nun so mancher es nicht begreifen konnte, war einer der Herren so liebenswürdig, den richtigen Stimmzettel selbst in den richtigen Umschlag zu stecken. Schade, daß die bösen Sozialdemokraten diese gute Absicht nicht anerkennen wollten und Protest gegen diese Art Wahlen einlegen werden; vielleicht interessiert sich auch der Herr Staatsanwalt für einige dieser sonderbaren Wahlpraktiken.

Nur eines von dem, was uns in den zwei Tagen nach der Wahl aus dem Kreise Syd zugegangen ist.

Beitrag 7, Skomontzen. Der Gemeindevorsteher aus Skomontzen, Besitzer im Wahlort, hat einigen Wählern die Stimmzettel der Sozialdemokratischen Partei weggenommen und dafür andere Stimmzettel in den amtlichen Wahlumschlag gesteckt. Weil Wahlen an und für sich ein trodenes Geschäft ist, war dafür gefordert, daß der zum Ansehen nötige Schnaps reichlich vorhanden war.

Beitrag 8, Dingen. Ein Besitzer des Wahlortes kontrollierte im Wahllokal die Stimmzettel, natürlich waren die der

dige Wasserwand zerfällt am Felsen, hinter dem der kühne Operateur sich schnelligst zurückgezogen hat, und Wassermassen und Gisch stürzen mit Donnergeräusch und gewaltiger Wucht über den Fels hinweg.

Die vom Vortragenden gegebenen wissenschaftlichen Erläuterungen der Bewegung des Meeres, der Entstehung, Entwicklung und Umformung der Wellen in ihrer trefflich dem Auge vorgeführten Verschiedenartigkeit, zeigten eine wenig bekannte Wissenschaft am Werke. Der Vortrag erweckte Sehnsucht nach dem Meer in stürmischer Erregung, über das das Wort geprägt wurde: Der Ort und das Meer vereinigen ihre Stimmen zu einer Sinfonie, wie sie kein Meister je geschrieben hat.

Die spanische Nachspiel. Das letzte Ereignis auf dem Gebiet der Operette konnte am Donnerstag im Berliner Theater das Jubiläum der 100. Aufführung feiern. Es war ein Triumph für den Komponisten Leo Fall, der dem sinkenden Genre neuen Glanz verliehen hat, für die wirklich erstklassige Besetzung und nicht minder für die Regie und Ausstattung. Frißl Massary durchpflusste die Stofflich wie musikalisch reizvolle Operette mit ihrem zündenden Temperament, hob die Stimmung bis an die Grenze des Tragischen und ließ alle Facetten ihrer schmissigen Kunst spielen: raffinen Stolz, glühende Leidenschaft und dazu das unnochahmliche gewisse Etwas und den Schuß Jigantertum. Emma Sturm, Wahnmann, Robert, Janusch waren jeder in seiner Art meisterhaft und unnochahmlich. Die bekanntesten Nummern mußten wiederholt werden. Das Haus spendete nicht nur einen ungeheuren Blumenregen, sondern überließ die Darsteller — offenbar nach spanischem Raster — auch mit anderen nahrhaften und nützlichen Geschenken.

Deutsche Kunst im Ausland. Die Holländische Kritikervereinsung „Architectura et Ameliora“ hat den Berliner Architekten Erich Mendelsohn, dessen Arbeiten sie eben in einem Sonderheft ihrer Zeitschrift „Tendingen“ veröffentlicht, zu einem Vortrag über neue Baukunst nach Amsterdam eingeladen.

Musikveranstaltungen. Am Sonntag 9/1, Uhr finden im Kaiser-Friedrich-Museum (Raum des Kamin und Hallenfläche Bildwerke) Vorträge durch Direktionsbeamte statt. Eintritt 1 Kr. am Eingang des Museums.

Die Galerie Eduard Schulte zeigt in ihrer neuen Ausdehnung Kollektionen der aus neun Künstlerinnen bestehenden Künstlergruppe „Malerische Arbeiter“, ferner von Carl, Hans, Robert, Dablen, Graf Paul von Hammerstein, Prof. Fritz Rhein-Verl., Claus Springling-Bein und Hans Joachim Wagner, Dablen.

Gesellschaft für Volkserziehung. Am 27. Februar, 7/1, Uhr abends, im großen Saal des Kunstgewerbmuseums Vortrag von Emma Kollmann über den „Kedax“.

Dr. Bruno Wille spricht an vier Montagen 8 Uhr in der Aula Sächsischer 9/10 über „Das Deutsche in Heines Dichtungen“. Beginn 28. Febr.

Die Entwicklung der russischen Revolution. Am Freitag von 8 Uhr 30. in der Sächsischen „Die Vereinigung der Volkshilfe“ eine Abhandlung von Paul Döberig über die „Entwicklung der revolutionären und sozialistischen Bewegung in Russland“ erlesen.

Erkennntisführungen. Am Sonntag 8 hatte die Uraufführung des Bühnenstückes „Camp des Dungen“ von Erich Kästner im Sächsischen Theater. Am 9. im Sächsischen Theater 1. und 2. Drama „Die Herzogin von Milano“ von Heinrich Sittenfeld eine eindrucksvolle Aufführung.

Jenseits.

Walter Halenczky in den Kammerstufen.

Auch wenn die beiden einzigen Personen, die der Theaterzettel anführt, Menschen wären, würde die Summation, dem langen Zuge dieser tropfenhaft kleinen im Durchschnitt alle fünf Minuten durch das Fallen des Vorhanges abgelesenen Prolog-Szenen zu folgen, die Geduld der Hörer auf eine harte Probe gestellt haben. Aber der Reichtum intimer, festlicher Beziehungen hätte dann die Hemmungen der Bühnenform von selbst am Ende überwinden und einen Karten-Kochell-Wen können. Doch des Verfälschers Kaul und Jeanne sind bloße Schallenspieler, ohne alle künstlerisch individualisierende Prägnanz, Theatermarionetten, deren Deklamation dadurch, daß sie in otremios sprechen durch die Ranken des bloßen Anstehens den Schein irgendwas verborgener Hintergründe vorfühlenden Söhnen geben, noch unerkämpflicher wird.

Die Dämmerung plastischer Gestaltung, die für die Stücke unserer hängeren, über die Gebundenheiten des Naturalismus in die unbefindlichen Welt einer neuen frei symbolisierenden Ausdrucksweise strebenden Dichtergeneration in weitem Umfange charakterisieren, tritt in dem neuen Schauspiel Halenczkyers weitaus markanter als in dem „Sohn“, dem Erstlingswerk, das seinen Ruhm begründete, hervor. Und zum Rang der organischen Gliederung, für die (in welchem Stile immer) außer dem Willen der Phantasie auch eine Kraft des Denkens der konzentrierenden und ordnenden Verknüpfung erforderlich ist, gefällt sich hier eine unklare schillernde Ästhetik, die auf den Schwingen gedanklichlicher Konfusion das Reich des höchsten Verstandes zu überfliegen wähnt. In einer Vorbemerkung zu seinem Schauspiel „Die Menschen“, die in den Blättern des Deutschen Theaters als Einführung in Halenczkyers Schaffen abgedruckt ist, heißt es u. a.: „Dem Verfasser liegt nichts an der Reinung, der Aufrechterhaltung am Ende der Aufführung die Vorgänge auf der Bühne verstanden haben.“ (1) Nicht genug mit dieser unbewußten Selbstverpflichtung, erklärt er da allen Ernstes unter Berufung auf die Einseitigkeit der Relativitätstheorie und andere naturwissenschaftliche Arbeiten: „Optikismus und Ultralokale sind auf dem Wege, wissenschaftlich bewiesen zu werden; wie stehen an der Schwelle der vierten Dimension.“ (2) Der Titel „Jenseits“ bezieht sich demnach nicht nur auf die pathologischen Einbildungen, mit denen Mann und Frau in diesem Stück sich und das Publikum zermartern, er soll wohl darüber hinaus etwas wie ein Bekenntnis, ja vielleicht gar ein Programm bedeuten, denn die Dichtung nach dem behaupteten Umfange der Wissenschaft in Optikismus, um modern zu bleiben, nachzuweisen hat.

Die Gut schmücklichen Liebesverlangens und die Zartheit feimenden Muttergefühls, die in dem wunderbaren Spiel von Agnes Strauß lebte, vermochten über die peinliche Unnatur der Szenen nicht hinwegzutäuschen. Träumend horcht die junge reiche Frau der Heimkehr des geliebten Vaters aus dem Bergwerk. Ein fremder Mann erscheint, stellt sich als Freund des Vaters vor, worauf noch einwachen Späterzählungen, der Feuerstein eines plötzlichen Grubenbrandes ins Fenster leuchtet. Kein Zweifel, der

Beliebte ist dabei umgekommen. Sie fällt in Ohnmacht, verwechselt beim Erwachen den Toten mit dem Lebenden und stößt an seine Brust. Im Morgen nach der Liebesnacht tauchen ihr einige Gedanken ob ihrer Untreue auf. Aber ihr Talent zur Belletristik hilft rasch darüber weg. Sie schwärmt für den Erlahmann, wie sie für den früheren, der nun ins Jenseits abging, schwärmt. Rasch mettelert mit ihr an Seligkeit. Indes die Toten bald nicht tot, sie können sich rächen. Wer bürgt dafür, daß die Erinnerung nicht doch die alte Liebe in ihr neu entfachen kann. Ueber diese Möglichkeit büßt Kaul das letzte nicht eben starke Reliquium von Verstand ein. Er halt sich eine Pistole, um den gespenstigen Jenseits-Rebuhler, wenn er sich wieder zeigen sollte, nochmals ins Jenseits zu befördern, klettert in Dachstufen und Kellern herum, hält verzweifelte und grünenwahnstimmige Monologe. Die Tragik nimmt noch zu, als Jeanne sich Rutter füllt. Der Sproß, der da in ihrem Schoße wächst, wird sie an den früheren, den Vater ihres Kindes, unabtrennbar fesseln. Es ist klar, daß er sie unter diesen Umständen erlösen muß. Jenseits von Gut und Böse akkreditiert er seine Wahnsinnstat als Ausfluß eines grobkörnigen Instinkts, das aus der andern Welt in diese Welt des Scheins hinübergreift. — Der stoßweise und trampfhaft aufgeregte Ton, in dem Herr Dieterle den Kaul sprach, war wohl, wenn er auch auf die Kerven fiel, der einzig mögliche. Stefan Großmanns, des bekannten Schriftstellers und einstigen Leiters der Wiener Freien Volkstheater, Inszenierung, wie die stimmungsvoll originellen Bühnenbilder Justus Hahlos verdient jedes Lob. Doch keine Bühnenkunst konnte das Totus zum atmen bringen. Die Ablehnung am Schluß war unabweisbar. Conrad Schmidt.

Sturmwellen und Brandungen. Dr. Graf Parisch bereitet am Mittwoch in der Urania den wissenschaftlichen Freunden der Meereskunde und einem weiteren Hörerkreis einen interessanten und ansehnlichen Abend durch seinen Vortrag über Sturmwellen und Brandungen. Was er im Lichtbilde von seinen zahlreichen, unter Wähen und Gefahren aufgenommenen Photographien zeigte, war von gleich hohem wissenschaftlichen wie künstlerischen Wert. Er führte uns vom nördlichen Atlantik über den Äquator bis weit südlich vom Kap Horn durch die Sturmwellen des Meeres. Fabelhaft was sich vom Segelschiff aus sozuzagen in allen Raagen des Lebens durch „seine Tochter“, wie er scherzhaft den sorgsam behüteten Apparat nannte, festhalten ließ. Eine eigene Konstruktion sorgte dafür, daß das „scharfe Auge der Tochter“ für den Moment des Gebrauches trotz Windst und Wasserstaub daherstürzender und zusammenbrechender Wellenwellen trocken und hellleuchtend blieb.

Herliche Bilder von den Brandungen bei den Seilginseln wurden geboten. Welche Ausdauer, Gewandtheit und Fertigkeit, und welche Energie und Berechnung in der Abwehr der Gefahren sich aufbauender und überstürzender Brandungswellen erforderlich sind, davon legten die lebendigen, herzaginnenden gemälzten Schilderungen Parischs eindrucksvoll Zeugnis ab. Gegen die herandräufenden Ungeteime, gegen das Anrennen dieser wilden Räder des Meeres auf ihren schaumspühenden Rüstern mußte Dedung da sein, nachdem Objekt und Platte sie fixiert. Die unheimlich leben-

